

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

10 Pf. · Nr 263 · B 129

Berlin
SONNABEND, 6. JUNI 1931

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

ABEND-AUSGABE · V

Reichsregierung fordert Revision

Schwerste Opfer für die Zahlungsfähigkeit des Reiches
Die Grenze erreicht — Entlastung von untragbaren Verpflichtungen nötig

Aufruf!

Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahr 1931 abebben und damit Rat und Arbeitslosigkeit aller Industrieländer und noch mehr der Rohstoff- und Agrarländer zurückgehen werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Deutschland ist in den Gütertausch der Erde mit einer jährlichen Summe von 23 Milliarden RM. verflochten. Es kann sich allein aus der gemeinsamen Not nicht retten, unter der selbst die im Kriege siegreichen Staaten schwer leiden.

Unsere Sorgen und Schwierigkeiten sind vergrößert, weil wir neben der Gesamtkrise, in der wir leben, noch die besondere Last tragen, als die Unterlegenen des großen Krieges Zahlungen leisten zu müssen. Diese wurden unter Voraussetzungen, die nicht eingetreten sind, übernommen und entstehen unserer durch Krieg und Inflation verarmten Wirtschaft das Kapital, dessen sie notwendig zu ihrer Erhaltung und Fortentwicklung bedarf. Kapitalzinsfuß bedeutet Silligung und Einschränkung von Betrieben, Arbeitslosigkeit, Minderung des privaten Einkommens und nicht zuletzt der Einnahmen des Staates. Darüber hinaus verringert sich unsere Kaufkraft am Weltmarkt um den Betrag, den wir für Tribute ohne Gegenleistungen abgeben. Die Tributzahlungen schwächen uns als Käufer und nötigen uns zur Drosselung der Einfuhr. Sie zwingen uns zur Steigerung der Ausfuhr, gegen welche andere Länder in immer härterer Abwehr treten. Eine erhöhte Verflechtung des Kampfes um die Mäkte der Welt ist die Folge.

Schwerste Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volk zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten. Diese ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft; von ihr hängen Millionen und aber Millionen von Kriegsteilnehmern, Soldaten, Beamten und Angestellten in ihrer Existenz ab.

Im In- und Ausland ist vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß wir nicht jenseitig genug gewirtschaftet hätten. Dieser Vorwurf trifft ebenfalls auf Deutschland für die Gegenwart nicht zu. Auf der ganzen Linie sind die härtesten Anstrengungen gemacht worden, die Ausgaben auf das tragbare Maß zurückzuführen. Nach dem Vorschlag der neuen Notverordnung werden die Ausgaben des Reiches einschließlich der Beiträge zum vorigen Jahr die Kleinmengen von mehr als 1,5 Milliarden weniger betragen. Soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt etwas voraussetzen kann, wird damit der Mehrlauf für das laufende Jahr ins Gleichgewicht gebracht. Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein.

Angesichts der Möglichkeit einer Fortdauer der Krise dürfen Verzweiflung und Unruhe nicht unsere Kräfte schwächen. Staatsmännische Pflicht der Reichsregierung ist es, jetzt schon Vorkehrung zu treffen, falls ein Teil der Schwierigkeiten zu überwinden. Daß es dabei eben dächte, die alle Kreise des Volkes treffen, nicht geben kann, werden die Erfahrungen bezeugen. Es ist besser, in geordneten Formen Leistungen, auch wenn es schmerzhaft ist, zu kürzen und Beiträge von denjenigen zu fordern, die noch ein Einkommen haben, als die Gefahr heraufzubeschwören, daß Zahlungen, auf denen die Lebenshaltung weiter Volkswirtschaften beruht, eines Tages nicht mehr werden können.

In ähnlicher Lage wie das Reich befinden sich Länder und Gemeinden. Auch sie haben sich weitgehend eingeschränkt und werden es noch mehr tun müssen. Die Reichsregierung gibt sich über die Schwere der von allen Bevölkerungskreisen zu bringenden Opfer keiner Täuschung hin, aber die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte und die Schonung unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre schmerzliche Lage und den heftigen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt rechtfertigen die getroffenen Maßnahmen.

Wir haben alles angespannt, um unseren Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege nachzukommen. Auch ausländische Hilfe haben wir hierfür in weitem Ausmaße in Anspruch genommen. Das ist nicht mehr möglich. Die Entlastung der letzten Lasten und Befreiung aller Bevölkerungskreise gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es für den eigenen Volk gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen: Die Grenze dessen, was wir unserem Volk an Entbehrungen auferlegen vermögen, ist erreicht. Die Voraussetzungen aufrechterhalten, die die Welt genommen hat, als Krieg erwies. Die Reichsregierung, die der neue Plan nach der Welt aller Beteiligten dem deutschen Volk bringen sollte und dies erste auch zu bringen verspricht, hat er nicht gekraft. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches getreulich zur Entlastung Deutschlands von untragbaren

Reparationsverpflichtungen zwingt. Auch die wirtschaftliche Gesundung der Welt ist hierdurch mitbedingend.

Das Deutsche Volk steht in einem entscheidenden Ringen um seine Zukunft. Vor dem Überglauben, man könnte ohne Opfer zu einem glücklichen Ende gelangen, muß eine verantwortungsbewußte Regierung warnen. Wenn das Deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Oft haben die Deutschen in ihrer Geschichte erkannt, daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist. Eine solche Stunde ist gekommen. Die Reichsregierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die ältere so schwach geworden ist, daß sie nicht erneut imstande wären, im furchtbaren Kampf um unseren Weiterbestand die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen. Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswillen des Deutschen Volkes wird die Regierung handeln.

Berlin, den 5. Juni 1931.

Die Reichsregierung.

Glaspalast verbrannt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 6. JUNI

Der deutsche Kunstbesitz ist heute nacht von einer nicht wieder gutzumachenden Katastrophe betroffen worden. Der Münchner Glaspalast ist heute Nacht niedergebrannt. Das 1900 angelegte Museum aus Zeit von unschätzbarem Wert, fand kaum mehr als 80 gerettete Werke. Für die „Ausstellung deutscher Romantiker“ waren unerschöpfte Silber aus 40 deutschen Städten zusammengeholt worden, von denen kein einziges erhalten blieb. Nur ein kleiner Teil der Bilder war gerettet.

Der Brand entstand kurz nach 3 Uhr früh. Die Feuerwehre, die nach 10 Minuten eintraf, bemühte sich verzweifelt, das Flammenmeer, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete, zu beseitigen. Das Haus hatte sich in einen glühenden, feuerbeckenähnlichen Haufen verwandelt. Der Gedanke, etwas von den bedrohten Schätzen zu retten, mußte bald aufgegeben werden, das glühende Element des Hauses einzufangen drohte. In knapp einer Stunde war das Haus ein rauchender Schutthaufen. Einige die Einrückung und die Umfassungsmauern des kleinen Verandaangebudes an der Südwand des Museums gerettet worden. Die Hauptausgänge der Feuerwehre befand darin, die Hauptausgänge zu schützen, insbesondere das Chemische Institut, wo die Gefahr von Explosionen bestand.

Über die Ursache des Brandes bestehen nur Vermutungen. Phosphorsäure wird Brandfächer vermutet und auch der phantastische Gedanke eines Raucheraktes künstlicher Mißgunstigkeit ausgesprochen. Die letzten Ermittlungen haben die Möglichkeit ergeben, daß der Brand in der Schneiderei und Glaserei ausgebrochen sein kann, wo am Tage zuvor noch gearbeitet wurde.

20 Feuerwehreinheiten mit ihrem lebenswichtigen Rettungsnetz verließ Generaldirektor Zimmermann, der sich unter wieder bemühte, mit Lehnsgelächter Kostbarkeiten aus den brennenden Sälen zu retten, wurde zuletzt mit Gewalt von der Polizei zurückgehalten. Angetrieben sind nach den letzten Feststellungen 75 Ausstellungsstücke völlig ausgebrannt und zusammengebrochen. Die 80 geretteten Bilder sind Werke von Goethe, einigen Italienern, Stuttgarter und Münchener Malern.

Die Trauer in München ist allgemein, doch hat man sich bereits aufgerafft, eine großartige Demonstration in Gang zu bringen. Die Aufstellungshalle, die Staatssekretär war, kann freilich bei der gegenwärtigen Finanzlage schwer ersetzt werden, man denkt an einen provisorischen Raum.

Die Notverordnung

Die „Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ ist, von Hindenburg und allen Ministern des Reichskabinetts unterzeichnet, in der heute ausgegebenen Nummer 22 des Reichsgesetzblattes veröffentlicht. Die Notverordnung ist die letzte ihrer Art. Diese Zugabe macht die Reichsregierung in einem Aufsatze, der es verdient, abgedruckt zu werden, aufzuweisen. Wenn es richtig ist, daß an ihm mehrere Tage lang gearbeitet und gefeilt worden ist, daß über die Formulierung einzelner Sätze noch in der vergangenen Nacht zwischen dem Kanzler in London und dem Vizekanzler in Berlin Telegramme gewechselt worden sind, dann rechtfertigt jedenfalls das Ergebnis den Aufwand an Mühe. Nicht hätte über ein offizieller Regierungsausschuss so stark, unmittelbare Wirkung wie dieser Aufruf, der nicht nur an das deutsche Volk, sondern an die Weltöffentlichkeit gerichtet ist.

In Gärten, die schmucklos, von einbringlichem Ernst und von einer fast grausamen Aufrichtigkeit sind, sagt die Regierung dem deutschen Volk die ungeschminkte Wahrheit über den wirtschaftlichen und finanziellen Zustand des Reichs, begründet sie die schweren Opfer, die sie dem Volk zumutet, um die Zahlungsfähigkeit des Reichs aufrechtzuerhalten. Solche Sprache darf nur eine Regierung wagen, die ihrer Aktion möglichst bewußte Opferbereitschaft zumutet. Mit gleichen, bewußt schmerzhaften, aber Hebrerzeugung penibel verwendenden Sätzen, sagt die deutsche Regierung, daß die Grenze dessen, was dem deutschen Volk zugemutet werden kann, erreicht ist. Die Forderung der Revision des Young-Plans wird in dieser Rundgebung offiziell angemeldet:

„Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches getreulich zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt.“

Nicht ohne Bedacht sind in diesem wichtigsten Satz des Aufrufs die Worte gewählt. In dem Saager Abkommen vom Januar 1926 (Abt. VIII) hat die deutsche Regierung Wort darauf gelegt, von sich aus zu erklären, daß sie sich entschlossen sei, sich auf jede mögliche Weise zu bemühen, die Erfüllung eines Abkommens zu vermeiden und dazu erst dann zu greifen, wenn sie in gutem Glauben zu der Feststellung gelangte, daß die Währung und das Wirtschaftswesen Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufstehenden Teils der Annuitäten ernstlich gefährdet werden könnte.“ In dieses Versprechen hat sich die Re-